



► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.



Project network "Institutions and Institutional Change in Postsocialism"

Back to the Future? Ideas and Strategies of Retrograde Modernization in Russia and the Post-Soviet Region

Tagung am 23./24.10.2015, Berlin

Tagungsbericht

Obwohl strukturelle Rahmenbedingungen eine demokratische Regierungsführung in Russland begünstigen, hat sich in den letzten Jahren ein autoritäres Modell verfestigt. Im Zuge der Wirtschaftskrise haben sich die regierenden Eliten dabei zunehmend auf symbolische Legitimitätsressourcen gestützt. In vielen aktuellen öffentlichen Diskursen und Politikbereichen lassen sich Bezugnahmen auf anachronistisch anmutende Begriffe und Ideen wie „Noworossija“ oder „Importsubstitution“ zur Begründung politischen Handelns beobachten.

Die Tagung diente dazu, diese als „Retro-Modernisierung“ bezeichneten legitimatorischen Bezugnahmen in ihren politischen Kontexten und aus der Perspektive sozial- und geisteswissenschaftlicher Disziplinen zu analysieren. Sie wurde gemeinsam von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und vom Kompetenznetz „Institutionen und Institutionenwandel im Postsozialismus“ veranstaltet. Das Kompetenznetz ist ein vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanzierter Projektverbund, der aus acht Forschungsvorhaben an sechs deutschen Universitäten besteht und die Regionalstudien zum postsowjetischen Raum stärken soll.

Die Tagung war in vier panels gegliedert, die Manifestationen einer „Retro-Modernisierung“ im Staats- und Rechtsdenken, in der Sicherheitspolitik, in ökonomischen Diskursen sowie in Literatur und Kultur untersuchten. Im Zentrum des ersten panels stand die Auseinandersetzung mit Positionen der russischen Verfassungsrechtsprechung und Staatsphilosophie. Mikhail Antonov (Higher School of Economics, St. Petersburg) wies in seinem Vortrag darauf hin, dass nach dem vorherrschenden Souveränitätsverständnis die russischen Verfassungsorgane selbst die Grenzen der staatlichen Souveränität bestimmen und damit darüber entscheiden, inwieweit Menschenrechtsstandards und die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) umgesetzt werden. Caroline von Gall (Universität Köln) erläuterte in ihrem Referat, dass das russische Verfassungsgericht die ursprünglich europarechtsfreundliche Ausrichtung und Auslegung der Verfassung geändert habe und die russische Verfassung als vorrangig gegenüber EGMR-Urteilen betrachte.

Das sich darin ausdrückende traditionelle staatszentrierte Souveränitätsverständnis werde, so Greg Yudin (Higher School of Economics, Moskau/New York), durch Meinungsumfragen gestärkt, die die in ihrer Repräsentativität eingeschränkten Wahlen ergänzen und eine große Zustimmung zu staatlichen Institutionen und Politiken in der Bevölkerung signalisieren. In der Diskussion ging es unter anderem um die Frage, inwieweit Wladislaw Surkows Konzept der „Souveränen Demokratie“ sowie die Theorien konservativer Staatsdenker wie Iwan Iljin im zeitgenössischen russischen Staats- und Rechtsdenken rezipiert werden und Einfluss besitzen.

Die ideellen und politischen Dispositionen regierender russischer Eliten und deren Implikationen für Russlands Einbindung in eine europäische Sicherheitsordnung waren das Leitthema der öffentlichen Podiumsdiskussion am Abend. Sabine Fischer (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin) charakterisierte die politischen Entscheidungsprozesse als schwer prognostizierbare Interaktionen in einem Netzwerk persönlicher Beziehungen um den Staatspräsidenten. Die militärischen Interventionen in der Ukraine und in Syrien zielten darauf, eine Einflusszone im postsowjetischen Raum und einen Status als gegenüber den USA ebenbürtige Großmacht zu beanspruchen. Ivan Timofeev (Russian International Affairs Council, Moskau) stellte fest, dass die russische Außen- und Sicherheitspolitik trotz der Ungewissheit über interne Entscheidungsprozesse in ihrer Grundausrichtung insofern berechenbarer geworden sei, als alle entscheidenden Akteure die militärischen und ökonomischen Aktivitäten des Westens im postsowjetischen Raum nunmehr als Nullsummenspiel bewerten würden.

Hinter der Fassade formaler Institutionen und Verfahren verbirgt sich nach Michael Kofmans (Wilson Center, Washington) Einschätzung ein effektiv organisiertes autoritäres Regime. Militärische Denkmuster und Handlungslogiken würden allerdings, wie Kofman bemerkte, im Entscheidungsprozess zunehmend größeres Gewicht erhalten. Wolfgang Ischinger (Münchener Sicherheitskonferenz, München) zeigte sich trotzdem optimistisch in Bezug auf die Möglichkeiten, über diplomatische Verhandlungs- und Verständigungsprozesse auf die russische politische Führung einzuwirken und beschrieb seine positiven Erfahrungen aus früheren Gesprächen mit Präsident Putin. In den Gesprächen zur Vorbereitung des deutschen Vorsitzes in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa erweise sich jedoch vor allem Russlands Vertreter als schwieriger Partner, etwa in der Frage, inwieweit die im Helsinki-Prozess erreichten Prinzipien und Regeln in vollem Umfang zu respektieren seien.

Die Debatte verdeutlichte, dass Russlands Außen- und Sicherheitspolitik einerseits in Syrien und in der Kritik am Sturz des ukrainischen Präsidenten Janukowitsch Staatlichkeit absoluten Vorrang gegenüber Demokratie und politischer Legitimität einräumt, andererseits die Staatlichkeit post-sowjetischer Staaten durch Annexion, verdeckte Unterstützung von Separatisten und Einfrierung von Staatlichkeitskonflikten schwächt. Während es unklar blieb, inwieweit das ausgreifende Misstrauen in den Ost-West-Beziehungen durch einen diplomatischen Prozess eingehegt werden kann, rechnete Kofman damit, dass der zukünftige US-Präsident die von der Obama-Administration vertretene strategische Zurückhaltung aufgeben und eine proaktivere machtbegrenzende Russlandpolitik verfolgen werde.

Die am zweiten Konferenztag folgenden panels lieferten vielfältige empirische Beobachtungen und Belege für die auffällige Präsenz von Vergangenheitsbezügen in aktuellen Diskursen. Alexei Levinson (Levada-Zentrum, Moskau) und Mykhailo Minakov (Nationale Universität Kiew-Mohyla-Akademie, Kiew) skizzierten umfassendere, zyklisch gedachte Gegenwartsdiagnosen. Für Levinson hat Russlands siegreiche Vergangenheit nun die Stelle der Zukunft in der Vorstellungswelt vieler Russen eingenommen, nachdem drei frühere Zukunftsvisionen – Kommunismus, Demokratie und die Hoffnungen der Massenbewegung vom Bolotnaja-Platz – „abgetrieben“ worden waren. Minakov unterschied zwischen einer oligarchischen Demodernisierungsphase, einer daran anschließenden autoritären Modernisierung, die in eine Demodernisierung umschlage und schließlich einer revolutionären Modernisierung weiche. Er betonte die Ähnlichkeiten zwischen der Ukraine und Russland und sah den Bedarf an freiheitsverbürgenden Rechten als wichtige Triebkraft für den Übergang von der autoritären Demodernisierungsphase in ein Stadium revolutionärer Modernisierung.

Wie einzelne Diskursstränge diese Phasen- und Horizontwechsel spiegelten, wurde in den übrigen Beiträgen der panels illustriert. Joachim Zweynert (Universität Witten/Herdecke) deutete die von der Präsidentenpartei Einiges Russland propagierte Idee der Konservativen Modernisierung als Versuch, die mit Präsident Medwedews Programmschrift „Rossija vpered!“ 2009 verbundene Modernisierungsinitiative politisch zu kanalisieren. Dieses Ver-

laufmuster gleiche der Blockierung von Modernisierungsversuchen in der Ära Breschnjew. Parallel dazu rekonstruierte Ivan Boldyrev (Universität Witten/Herdecke) die konservative Wende des Wirtschaftsmagazins „Ekspert“, das zunächst als Projekt einer staatsunabhängigen nationalen Mittelschicht gegründet wurde, aber nach der Verurteilung Michail Chodorkovskijs zunehmend regierungsamtliche Diskurse übernahm.

Die derzeitige Welle historischer Themen in der russischsprachigen Populärliteratur mythisiere nicht nur die Sowjetzeit und enthalte vereinfachende Deutungsangebote für aktuelle Konflikte, sondern habe, wie Oleksandr Zabirko (Universität Münster) in seinem Vortrag erläuterte, auch in einzelnen Romanen den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine antizipiert. Alfred Sproede (Universität Münster) unterstrich den Einfluss der Rechtstheorien Iwan Iljins und Carl Schmitts auf konservative Intellektuelle wie Aleksandr Prochanow. Die Diffusion naturrechtlicher, etatistischer und depositivierender Ideen zeichnete Nikolaj Plotnikov (Universität Bochum) am Begriff der Gerechtigkeit nach, der in der Zeit der Perestrojka zur Legitimierung politischer Reformen benutzt wurde, nach 1991 zunächst aus dem Diskurs verschwand und in den letzten Jahren in Verbindung mit dem Begriff der „Pravda“ wieder als Legitimationsfigur an Bedeutung gewann. Diese Entwicklung lässt sich, so Plotnikov, als Wandel von der „Diktatur des Gesetzes“ zum „Staat der Wahrheit“ resümieren.

In den Debatten zu diesen Vorträgen wurde zum einen angeregt, für das Konzept der Retro-Modernisierung zu klären, auf welche vergangene Episode rekurriert wird. Zum anderen wurde an den von Ernst Bloch geprägte Begriff der Ungleichzeitigkeit erinnert, der die Moderne als Zusammentreffen traditionaler Mentalität und technologisch-sozioökonomischem Fortschritt kennzeichne und nach Blochs Auffassung die Attraktivität des Nationalsozialismus in Deutschland erklären könne.